

Foto: Maskot Bildbyrå, Gettyimages

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

BUNDESTAGSFRAKTION



ARBEITSWELT *im* Wandel

UNS GEHT'S UMS GANZE



DEN WANDEL SO GESTALTEN, DASS ALLE **PROFITIEREN**

Unsere Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Dafür sorgt die anhaltende Digitalisierung genauso wie der notwendige sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft. Arbeit wird vernetzter, mobiler, aber auch unsicherer. Die Vielfalt der Erwerbsformen nimmt zu. Berufliche Kenntnisse brauchen häufiger ein Update.

Zugleich verändern sich die Erwartungen der Menschen. Immer mehr wollen eine gute Balance von Arbeit, Familie und Freizeit. Frauen bestehen zu Recht auf gleicher Bezahlung. Selbstständige brauchen gleichermaßen Freiheit und Sicherheit.

Gleichzeitig müssen zahlreiche Menschen mit niedrigen Löhnen und belastenden Arbeitsbedingungen zurechtkommen. Arbeitslosen fehlen Chancen und Perspektiven. Das wollen wir Grüne im Bundestag ändern, indem wir die Arbeitswelt so gestalten, dass alle Menschen unter guten Bedingungen und zu einem fairen Lohn arbeiten können. Dafür muss die Sozialpartnerschaft, also die Tarifbindung und Mitbestimmung, gestärkt werden.

GERECHTE LÖHNE – **STARKE** SOZIALPARTNER

Erwerbsarbeit muss gerecht entlohnt werden, damit alle Beschäftigten gut von ihrer Arbeit leben können. Dafür muss das Tarifvertragssystem gut funktionieren. Denn dort, wo Unternehmen nach Tarif zahlen, sind Löhne und Arbeitsbedingungen besser.



Foto: vni, GettyImages

Doch viele Jobs sind inzwischen nicht mehr tarifgebunden. Wir wollen dafür sorgen, dass Tariflöhne wieder selbstverständlich werden, beispielsweise durch die Pflicht, mindestens tarifliche Löhne zu zahlen, wenn im öffentlichen Auftrag gearbeitet wird.



Foto: Jokic Milos, GettyImages

Gleichzeitig muss der allgemeine Mindestlohn in Schritten auf 12 Euro steigen, denn er ist noch immer zu niedrig und schützt nicht vor Armut.

Außerdem muss gleiche und gleichwertige Arbeit gleich entlohnt werden. Das gilt für die Arbeit von Frauen, die durchschnittlich immer noch schlechter bezahlt werden als Männer. Und das gilt auch für Beschäftigte in der Leiharbeit, für die wir Equal Pay ab dem ersten Tag gesetzlich sicherstellen wollen.

MEHR **MIT- BESTIMMUNG**

Zu einer funktionierenden Demokratie gehört die demokratische Teilhabe der Beschäftigten in Unternehmen. Doch immer weniger Unternehmen sind mitbestimmt. Um dem entgegenzuwirken, muss die Mitbestimmung zukunftsfester gestaltet werden.



Foto: FangXiaNuo, GettyImages

Die Beschäftigten, die Neugründungen von Betriebs- und Personalräten initiieren, müssen besser geschützt werden. Wir Grüne im Bundestag wollen, dass Betriebsräte auch in der digitalen Arbeitswelt auf Augenhöhe mitgestalten können. Wichtig sind dafür neue Mitbestimmungsrechte, wenn es um die qualitative Personalplanung geht, um Qualifizierungen und um die Verbesserung der Klimabilanz im Unternehmen.

Doch immer noch werden in Deutschland zu viele Beschäftigte von Unternehmensmitbestimmung ausgeschlossen, obwohl sie laut Gesetz an den Entscheidungen in Aufsichtsräten beteiligt werden müssten. Um diese Teilhabe sicherzustellen, wollen wir die Unternehmensmitbestimmung stärken.

GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN

Die Menschen brauchen Perspektiven und Sicherheit. Doch vielen Beschäftigten fehlt die Verlässlichkeit ihrer Arbeit. Sie sind nur befristet beschäftigt. Auch Minijobs sind kaum berechenbar. Gleichzeitig hangeln sich zahlreiche Soloselbstständige ohne Sicherungsnetz von Auftrag zu Auftrag. Das wollen wir ändern.



Die Firma Forever Clean in Berlin gewirnt den Inklusionspreis. Foto: laf

Befristungen ohne sachlichen Grund müssen endlich abgeschafft werden, denn Millionen Menschen, deren Job ein Ablaufdatum hat, fehlt die Sicherheit für die eigene Lebensplanung. Auch Minijobs dürfen keine Sackgasse sein und sollen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt werden. Arbeit auf Abruf muss verlässlicher und fairer gestaltet werden. Außerdem wollen wir künftig alle Erwerbstätigen sozial absichern – egal, ob sie abhängig beschäftigt oder selbstständig sind.

Es gilt: Arbeitsbedingungen dürfen nicht krank machen. Deshalb wollen wir Grüne im Bundestag Arbeit sicher und gesund gestalten und dabei auch psychische Belastungen und Mobbing berücksichtigen. Dafür entwickeln wir die Regeln zum Arbeitsschutz weiter.

SOUVERÄNITÄT ÜBER ZEIT UND ORT DER

ARBEIT

Viele Beschäftigte möchten Erwerbsarbeit und Privatleben besser unter einen Hut bekommen. Während über zwei Millionen Menschen gern mehr arbeiten würden, wünschen sich, so das Statistische Bundesamt 2020, anderthalb Millionen kürzere Arbeitszeiten.



Foto: Klaus Tiedke, Corbis

Deshalb brauchen wir eine neue Arbeitszeitkultur und mehr Entscheidungsfreiheiten über Dauer, Lage und Ort der eigenen Arbeit. Davon profitieren Beschäftigte und Betriebe gleichermaßen.

Wir wollen Berufstätige mitentscheiden lassen, von wann bis wann und wie viel sie arbeiten. Durch eine Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40 Wochenstunden wird Vollzeit neu definiert. Wir Grüne im Bundestag wollen auch ein Recht auf Homeoffice und mobiles Arbeiten einführen, und zwar mit klaren Regeln. Homeoffice muss immer freiwillig sein, mit Rückkehrrecht und zusätzlich zu einem festen Arbeitsplatz im Betrieb.

Zeit- und Ortssouveränität darf allerdings nicht dazu führen, dass unbezahlte Mehrarbeit entsteht und die Grenzen von Arbeit und Freizeit verschwimmen. Deshalb muss jede mobile Arbeitsstunde dokumentiert und auch bezahlt werden. Und auch im Homeoffice hat die Arbeit am Abend ein Ende.

RECHT AUF **WEITERBILDUNG**



Weiterbildung ist ein zentraler Schlüssel, um Veränderungen wie den ökologischen Umbau der Wirtschaft und die Digitalisierung für alle Menschen positiv und nachhaltig zu gestalten.

Deshalb wollen wir ein Recht auf Weiterbildung schaffen. Dieses wird mit zeitlichen Freistellungsmöglichkeiten flankiert und finanziell abgesichert, damit sich alle Menschen wirklich selbstbestimmt für weitere Berufsqualifizierungen entscheiden können. Für arbeitsmarktbedingte Weiterbildung soll es sowohl für Erwerbstätige als auch für

Arbeitslose ein Weiterbildungsgeld geben, das die Absicherung bei Arbeitslosigkeit übersteigt. Die Weiterbildungsberatung soll zukünftig vor Ort an einer Stelle erfolgen. Dafür wollen wir Grünen im Bundestag überall da, wo es Arbeitsagenturen gibt, Bildungsagenturen aufbauen, die das Herzstück von regionalen Bildungsnetzwerken darstellen. Wie das erfolgreich funktionieren kann, zeigen die Jugendberufsagenturen, in denen alle relevanten Akteure an einem Ort zusammenarbeiten.



ALLE BESSER **ABSICHERN**

Wir stehen vor einem Jahrzehnt der Veränderungen. Deswegen müssen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die nicht nur Arbeitslose, sondern auch alle Erwerbstätigen, auch Selbstständige und Minijobber*innen, in diesen Zeiten des Wandels stärkt.

Dazu gehört die Absicherung bei Arbeitslosigkeit, aber auch eine bessere Unterstützung bei Weiterbildung. Der Zugang für Selbstständige soll erleichtert werden, damit diese auch Arbeitslosengeld und Weiterbildungsförderung sowie in Krisenzeiten Kurzarbeitergeld erhalten können.

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass (Solo-)Selbstständige, freiberuflich Tätige und Künstler*innen besser abgesichert werden.

Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass möglichst auch Kurzarbeitslose Arbeitslosengeld I erhalten. Das ist heute zu oft nicht der Fall, obwohl sie Beiträge gezahlt haben.

EIN ARBEITSMARKT FÜR **ALLE**



Wir brauchen einen Perspektivwechsel bei der Arbeitsförderung. Denn die Zahl der Menschen, die lange arbeitslos sind, ist seit Jahren anhaltend hoch. Die Gründe dafür sind vielfältig. Trotzdem dürfen wir niemanden aufgeben oder alleine lassen. Alle Menschen brauchen Chancen und Perspektiven.

Wir Grüne im Bundestag wollen die Grundlagen der Arbeitsförderung verändern, damit die Jobcenter die Erwerbslosen auf Augenhöhe beraten und individuell unterstützen können. Statt einer schnellen Vermittlung in prekäre

Jobs setzen wir auf mehr Qualifizierung, auf Zwischenschritte, auf geschützte Räume und auf Angebote und Unterstützung, die tatsächlich zu den Menschen passen.

Die Menschen, die absehbar keine Chance in der Arbeitswelt haben, brauchen einen „Sozialen Arbeitsmarkt“, der dem Leitbild einer inklusiven Gesellschaft entspricht und die Würde der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Die soziale Dimension der ökologischen

WANDEL:

ÖKOLOGISCH UND SOZIAL

Foto: Dave and Les Jacobs/Kolostock/Blend Images LLC



18 — 19

Die soziale Dimension der ökologischen Modernisierung ist uns Grünen im Bundestag ein zentrales Anliegen. Der ökologische Umbau der Wirtschaft wird Jobs verändern. Er wird viele Arbeitsplätze zukunftssicher machen und neue hervorbringen. Für uns ist dabei entscheidend, dass auch hier gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und tariflicher Schutz gelten.

Gleichzeitig kümmern wir uns um neue Chancen, eine gute soziale Absicherung und um mehr Weiterbildung. Damit werden wir das soziale Netz in Deutschland stärken. Die ökologische Modernisierung unserer Gesellschaft ist die drängendste Herausforderung unserer Generation. Gerade deshalb ist es wichtig, diesen Wandel so zu gestalten, dass alle davon profitieren.

NOCH FRAGEN?

ZUM WEITERLESEN:

- ——— gruene-bundestag.de » Themen » Arbeit
- ——— gruene-bundestag.de » Themen » Zeitpolitik

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 19/22554 Mindestlohn erhöhen, durchsetzen und die Mindestlohnkommission reformieren (Antrag)
- 19/17522 Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln (Antrag)
- 19/16843 Digitalisierung – Update Mitbestimmung (Antrag)
- 19/15975 Arbeitsförderung und Beratungsqualität in den Jobcentern gesetzlich verbessern (Antrag)
- 19/13077 Recht auf Homeoffice einführen (Antrag)
- ——— Weiterbildung garantiert!
(Fraktionsbeschluss vom 17. Dezember 2020)

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion

Beate Müller-Gemmeke MdB
Sprecherin für Arbeitnehmer*innenrechte
und aktive Arbeitsmarktpolitik

Wolfgang Strengmann-Kuhn MdB
Sprecher für Arbeitsmarktpolitik

Arbeitskreis 1, Wirtschaft, Arbeit,
Soziales, Finanzen, Haushalt

TEL 030 227 56789
FAX 030 227 56552
info@gruene-bundestag.de

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.